

Zur Klimaschuld der Boomer

Ein Zwischenruf

von Dr. Heike Knops

In den Geburtsjahren der Boomer, Mitte des 20. Jahrhunderts, steigt die Konzentration von Kohlenstoffdioxid und Methan in der Atmosphäre steil an. Was mit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert viel versprechend begann und immense Fortschritte in Technik, Produktivität und Wissenschaft bescherte, wirft seine Schatten immer deutlicher auf Land und Leute: wachsende Industrie begleitet wachsende Umweltverschmutzung. Die Erde erwärmt sich, die Ozeane versauern, die menschliche Population nimmt drastisch zu, in Flora und Fauna beginnt das Artensterben.

Die Schuldigen sind schnell ausgemacht. Der immense Konsum der Menschen in der nördlichen Hemisphäre, ihre verschwenderische Lebensweise ist verantwortlich für den Klimawandel. Auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen stehen 80 Millionen Konsumenten*innen wegen ihres Lebensstils am Pranger, insbesondere die Boomer Generation. Deren ausufernden Lebensstil habe den Klimawandel befeuert, heißt es! Würden sie alle endlich nachhaltiger leben, könnten die Klimaziele eingehalten werden.

Der gute Wille der Regierenden ist offenbar vorhanden. Wie aber steht es um die Bevölkerung, insbesondere die Boomer, in dieser Frage?

Ein Blick in die Historie schafft Klarheit.

Denn eine der ersten repräsentativen Umfragen zu Umweltproblemen¹ zeigt, dass bereits Anfang der 1970er Jahre etwa drei Viertel der BRD Bevölkerung den „Kampf gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie Maßnahmen gegen die Lärmbelästigung“ als besonders wichtig ansahen.

1972 veröffentlicht der Club of Rome seine Studie zur Zukunft der Weltwirtschaft: „Grenzen des Wachstums“. Per Computersimulation wurden fünf Tendenzen mit globaler Wirkung untersucht: Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Unterernährung, Ausbeutung von Rohstoff-Reserven und Zerstörung von Lebensraum.

Fazit der Studie: die bisherigen Wachstumsvoraussetzungen müssen dringend geändert werden, um einen ökologischen und wirtschaftlichen Gleichgewichtszustand herbeizuführen, der auch in weiterer Zukunft aufrecht erhalten werden kann. Je eher sich die Menschheit entschließt, diesen Gleichgewichtszustand herzustellen, und je rascher sie damit beginnt, desto größer wären die Chancen, ihn auch zu erreichen.

Die Boomer Generation in der BRD, also die seit 1946 Geborenen, haben das offenbar verstanden und gründeten erste Bürgerinitiativen, die sich 1972 im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sammeln.

¹ Beziehung zur Umweltverschmutzung, IfD Allensbach 1971

1974 dann folgt die Politik mit der Einrichtung eines Umweltbundesamtes.

Unter den jungen Menschen wird die Frage nach dem Zusammenhang von der Art des Wirtschaftens und den daraus resultierenden ökologischen Folgen immer lauter. Die heute als Boomer Gescholtenen finden damals zusammen, um eine politische Alternative zu entwickeln, die ökologisches Wirtschaften für eine stabile Zukunft auf diesem Planeten sichert. Sie stammen aus Umweltverbänden, der Friedens- und Anti-Atom-Bewegung, Eine-Welt-Gruppen und Fraueninitiativen. Aus ihrem Engagement und ihren Ideen wird im Jahr 1980 die Partei „Die Grünen“ gegründet.

Im ersten Bundesprogramm 1980 formulieren die Grünen ihr alternatives Selbstverständnis mit den Adjektiven "ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei". Die herrschende Marktwirtschaft wird im Blick auf ihre ökologische Problematik und Schäden hin analysiert und neu bewertet. Wenn alles Wirtschaften unter ökologischen Prämissen geschehen soll, muss dem Kapitalismus widersprochen werden.

Anfang der 1980er Jahre, die Boomer sind damals zwischen 16 und 34 Jahren alt, erhöhen die stärkere Rezeption der Umweltproblematik durch die jungen Menschen in der Bevölkerung und die Etablierung der grünen Partei den politischen Stellenwert der Ökologie. Der Einzug der Grünen in den Deutschen Bundestag 1983 ist eine Folge davon. Die neue Partei sorgt für die dauerhafte Präsenz des Themas und zwingt so die anderen Parteien zu einer eigenständigen Umweltpolitik.

Politischer Druck von unten seit den 1970er Jahren und entsprechende konkrete Vorstellung vom ökologischen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft halten die Umweltproblematik wach, obwohl die jeweiligen Regierungen nur zaghafte Schritte in Richtung Umweltschutz machen.

Beim Schwerpunktthema der aktuellen Studie des Umweltbundesamt, „Umweltbewusstsein in BRD“² von 2020 zeigt sich, dass auch gegenwärtig noch der Umbau der deutschen Wirtschaft nach ökologischen Gesichtspunkten von einer deutlichen Mehrheit befürwortet wird. 91 Prozent der Befragten wünschen sich eine umwelt- und klimafreundliche Wirtschaft in Deutschland. Die meisten Befragten (69 Prozent) erwarten dadurch einen positiven Effekt auf die Umweltqualität. Jeweils 54 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass der Umbau positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung und auf die Erreichung der deutschen Klimaschutzziele haben wird.

Bei wem also liegt die Klimaschuld?

Der kurze Abriss zeigt, dass das Umweltbewusstsein der sog. Boomer Generation die Realität der deutschen Umweltpolitik bei weitem übertrifft. Die Politiker hinken in ihrem Engagement dem Bewusstsein und den Forderungen der Boomer Generation und der Bevölkerung allgemein hinterher.

² Umweltbundesamt, Studie: Umweltbewusstsein in der BRD 2020

Insbesondere in der Ära Merkel als Umweltministerin und spätere Kanzlerin werden Umweltschutzmaßnahmen als Hemmschuh für Wirtschaftswachstum und Innovation gesehen und daher vernachlässigt. In den Kontext gehören auch die Androhung der Verlagerungen von Industriestandorten ins Ausland, wenn mögliche Umweltauflagen deren Gewinne schmälern würden.

In den öffentlichen Debatten aber wird selten der Industrie die Klimaschuld zugewiesen. Selten werden deren immense Gewinne angeprangert und die Art und Weise analysiert, auf wessen Kosten sie erwirtschaftet werden.

Trotz politischen Versagens wird noch immer dem Einzelnen, oftmals vor allem den Boomern, die Klimaschuld zugewiesen und ihr Lebensstil ebenso wie ihr angeblich mangelndes umweltbewusstes Verhalten gebrandmarkt.

Die Rolle des Einzelnen bei der Lösung des Klimawandels wird von Politik und Industrie medienwirksam in den Vordergrund gerückt, focussiert auf den sog. „ökologischen Fussabdruck“ des Einzelnen. Dieses Denken in CO₂-Fussabdrücken legt eine Logik des gelingenden punktuellen Einsparens bei Glühbirnen, Fahrradtouren und Einkäufen nahe und lenkt von der Möglichkeit struktureller Veränderungen ab, die letztlich die Konzerne treffen würden. Notwendige Umwälzungen, etwa in der Produktionsweise, bleiben so unerwähnt.

Diese erstaunliche Verschiebung der Klimaschuld vom kapitalistischen Wirtschaftssystem auf den einzelnen Konsumenten*innen bei gleichzeitiger Polarisierung zwischen alter und junger Generation erweist sich als Herrschaftsinstrument, das von epochalem politischem Versagen ablenkt.

Indem jeder Einzelne als Verursacher von globaler Erwärmung dargestellt wird, gerät jeder und jede in die Pflicht, etwas dagegen zu tun.

Aber wie wirkungsvoll ist ein solches ethisches, klimafreundliches Konsumverhalten unter den Bedingungen unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsform?

Der demokratische Einfluss der Bevölkerung beschränkt sich in der BRD auf die Wahl von Parlamenten. Auf die Produktionsweisen, die Verteilung von Gütern oder auf die unübersichtlichen Produktionsketten ist der Einfluss gleich null.

Innerhalb bestehender Infrastrukturen, Produktionsmethoden und politischer Institutionen sind die Möglichkeiten individuellen Handelns äußerst begrenzt und deren Wirksamkeit entsprechend gering.

Die politischen Appelle an die Bevölkerung knüpfen an den jahrzehntelangen neoliberalen Diskurs an, der die Eigenverantwortlichkeit des Individuums adressiert. Daraus resultiert die Selbstdisziplinierung des Einzelnen auch in der Frage des Umweltschutzes.

Gerade bei der Boomer Generation verfängt das Thema Selbstdisziplinierung.

Denn die mussten sie sich auferlegen - in überfüllten Schulklassen, bei der zentralen Vergabe von Studienplätzen, den wiederum prall vollen Hörsälen oder beim Ringen um eine Lehrstelle. Und nach Abschluss der Ausbildung herrschte in der BRD hohe Arbeitslosigkeit. Die oft sehr gut ausgebildeten Boomer musste übergangsweise, manche auch lebenslang, in weniger qualifizierte Jobs ausweichen. Dass die Boomer krisenfrei durchs Leben gekommen sind oder gar den Umweltfragen gleichgültig gegenüber standen, lässt sich für die BRD nicht zeigen.

Jedoch, dass eine junge Generation an den Fehlern der vorangehenden Generation schwer tragen muss, haben insbesondere die Boomer als Nachkriegsgeneration erfahren. Aber damals waren die Staatskassen voll, die Wirtschaft florierte. Es bestand staatlicherseits kein Grund, eine Generation als Schuldigen für eigene Misswirtschaft zu suchen.

Heute ist das anders. Politisches Versagen, versäumte Umweltpolitik schreit nach einem Schuldigen: die Boomer Generation hat es sich jahrzehntelang gut gehen lassen, die Rechnung müssen nun die Jungen zahlen, heißt es.

Beim Thema Rechnung scheint auf, worum es eigentlich geht: die vielen alt werdenden Boomer müssen versorgt werden und verursachen Kosten! Hier setzt die Debatte an und schilt die Boomer eine Generation, die schamlos verschwenderisch gelebt hat. Daraus ergibt sich die Frage, ob diese Leute überhaupt ein Alter in Würde verdient haben. Sind Einschränkungen in deren Alters- und Gesundheitsversorgung da nicht nur gerecht?

Ein Staat der 100 Milliarden für Aufrüstung und Nato Bündnistreue ausgibt, der Waffen in Kriegsgebiete liefert, der von den USA teures Facking Gas kauft usw., sucht nun nach Sparmöglichkeiten.

In der populären Debatte verfängt die Boomer Schelte und greift um sich. Sie passt zu dem maroden Staatshaushalt und lässt eine Systemfrage gar nicht erst aufkommen.

Aber - der Hass auf „die Alten“ löst nicht die durch das kapitalistische Wirtschaftssystem entstandenen Umweltprobleme und der Klimawandel lässt sich nicht mit Boomerschelte aufhalten.